

## **Leitlinien Stadtentwicklung Rostock 2019**

Auf ihrer Mitgliederversammlung hat die FDP Rostock beschlossen, die Stadtentwicklung in Rostock unter Berücksichtigung dieser Leitlinien kritisch zu begleiten und wo immer möglich konstruktiv in den politischen Gremien der Hansestadt umzusetzen. Zuletzt geändert wurden diese Leitlinien mit Beschlüssen der Kreismitgliederversammlung vom 26.10.2018.

Ausgehend von politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen ist Rostock nach einer Zeit des erheblichen Einwohnerrückgangs in den letzten Jahren wieder in eine Phase des Wachstums eingetreten. Dieses Wachstum bietet enorme Chancen für eine solide zukünftige finanzielle, wirtschaftliche und demografische Entwicklung. Damit diese gelingt, ist in den kommenden Jahren eine deutliche liberale Handschrift bei der zukünftigen Stadtentwicklung notwendig. Dabei sieht die FDP Rostock sechs Schwerpunkte:

### **Rostock als Wirtschaftsstandort**

Rostock als wirtschaftliches Zentrum Mecklenburg-Vorpommerns muss sich ökonomisch stärker diversifizieren und hierbei neben den Schwerpunkten Erhalt und Förderung des Mittelstandes sowie Ansiedlungen von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen das Engagement im Hinblick auf Forschung und Entwicklung sowie Technologien deutlich verstärken und darüber hinaus insbesondere den Fokus auch auf die weitere Vermarktung des Industrie- und Gewerbegebietes „Airpark Rostock-Laage“ zu legen.

Der Airpark verfügt durch die zentrale Lage zwischen den Metropolregionen Hamburg, Kopenhagen, Stettin und Berlin sowie der infrastrukturellen Ausstattung mit guter Anbindung an die Transportwege Straße, Schiene und Wasser über hervorragende Voraussetzungen.

Über die Ansiedlung von Industrie außerhalb des Ballungszentrums Rostocks ist der Standort als Logistik-Hub für Mecklenburg-Vorpommern geeignet. Von besonderer Wichtigkeit hierfür sind:

- die Entwicklung des Hafenvorgeländes (unter Federführung von Rostock Port) und des GVZ weiter vorantreiben
- neben Wohnflächen braucht Rostock adäquate Gewerbe- und Industrieflächen. In Rostock rückt die Wohnbebauung mittlerweile so stark an Industrie- und Gewerbe heran, dass diese rechtliche Sanktionen befürchten müssen (Emissionen, etc.) Das kann bis zum Aussterben bestimmter Industrien und Gewerbe führen.
- neben der Stärkung des Bereiches „Forschung und Entwicklung“ muss die Fokussierung auf produzierendem Gewerbe und den Technologieunternehmen liegen
- Senkung der Gewerbesteuer als Wettbewerbsvorteil für die Hansestadt. Fairer Wettbewerb

bedeutet, dass jeder die Chance hat, seine Stärken zu nutzen.

- Höhe der Fördermittel nicht als Hauptargument voranstellen, sondern vielmehr Verfügbarkeit der Arbeitskräfte, Lebensqualität und langfristige Auswirkungen der Ansiedlung in den Mittelpunkt stellen
- dauerhaft klares Bekenntnis zum Landesflughafen Rostock Laage verbunden mit einem nachhaltigen Finanzierungskonzept
- Es bedarf einer besser ausgebauten Fernverkehrsverbindung.

### **Rostock als touristisches Juwel**

Rostock lebt sehr wesentlich von seiner Weltoffenheit und der Vielfalt im Tourismusbereich. Wir wollen die ganze Bandbreite des Tourismus für Rostock. Dabei sollen folgende Schwerpunkte gesetzt werden:

- ganzheitliches Konzept zur Stadthafenentwicklung als übergeordnete und vorrangige Aufgabe betrachten (Anbindung Gehlsdorf ist auf verschiedenen Wegen denkbar – Neptun Hopper, Brücke, Gondeln, Schwebebahn)
- Erhalt der Schleuse und Ausbau Wassertourismus auch auf der Warnow
- weiterer Ausbau des Radwegenetzes
- ganzjährige Attraktivität Rostocks durch touristische Nebenangebote weiter erhöhen
- kulturelles Angebot am Volkstheater weiter ausbauen und an den Wünschen der Konsumenten ausrichten
- zeitnahe Bau eines weiteren Kreuzfahrtterminals
- Ausweitung des kostenfreien Internet Hotspots auf zentrale Bereiche in der Innenstadt und in Warnemünde
- Marketing der Stadt für den Tourismus weiter verstärken (z.B. Gemeinsamer Termin- und Eventkalender für alle Anbieter)

## **Rostock als unternehmerischer Akteur**

Für das Beteiligungsmanagement der Hansestadt Rostock muss eine deutlich verbesserte Transparenz geschaffen werden. Die Stadt soll ihre geschäftliche Tätigkeit nicht immer weiter ausdehnen. Es gilt das Prinzip Privat vor Staat. Dabei ist insbesondere auf folgende Punkte zu fokussieren:

- Das Einhalten der in der Kommunalverfassung §43 (3) verankerten "Schuldenbremse" für die Stadt Rostock hat für uns höchste Priorität, ein unabhängiges finanzielles Agieren muss dauerhaft gewährleistet sein.
- Eingriffe des Landes aus Schwerin, aufgrund defizitärer Haushaltslage der Stadt Rostock, dürfen sich nicht wiederholen. Vor diesem Hintergrund sind insbesondere die aktuell in Planung befindlichen Großprojekte der Stadt (Theaterneubau, Entwicklung IGA-Park, Maritimes Museum, Buga 2025 etc.) anzugehen. Die Schuldenlast aus Kreditverträgen muss zwingend auch einer in Zukunft möglicherweise veränderten wirtschaftlichen Situation mit geringeren Steuereinnahmen Rechnung tragen.
- Das Handeln der Politik muss vernunftorientiert und nicht wahlzyklengetrieben sein.
- Die derzeit betriebene Umschuldung der Hansestadt Rostock in städtische Gesellschaften lehnen wir ab.
- größtmögliche Transparenz der städtischen Entscheidungsprozesse herbeiführen
- Gesamtstrategie zur Verwertung Sondervermögen der HRO aus der Sanierungssatzung erstellen
- Bürokratisierung weiter abbauen
- One-Stop-Agency für alle Bürger installieren
- Online-Angebot der Stadtverwaltung bürgernah ausbauen, Digitalisierung der Kommune nach estländischem Vorbild
- zügiger Schuldenabbau weiterhin oberste Prämisse um eigene Handlungsfähigkeit wiederherzustellen

Die Freien Demokraten setzen sich für eine Überprüfung der Notwendigkeit der bestehenden kommunalen Beteiligungen ein. Dabei muss insbesondere erhoben werden, ob vorhandene kommunale Unternehmen bzw. Unternehmen mit kommunaler Beteiligung ausschließlich Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge wahrnehmen oder ob die ausgeführten Tätigkeiten auch durch private Anbieter erfüllt werden können.

Die Rekommunalisierung von Unternehmen wollen die Freien Demokraten aktiv begrenzen und nach Möglichkeit revidieren. Rekommunalisierung führt häufig zu steigenden Kosten für die Bürger und gefährdet die mittelständische Wirtschaft. Deshalb setzen wir uns für wettbewerbliche Verfahren und die Vergabe von mehr Leistungen der öffentlichen Hand an private Anbieter ein.

Die bestehenden kommunalen Unternehmen müssen sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Für uns Freie Demokraten ist die dringlichste Aufgabe eines städtischen Wohnungsunternehmens wie der WIRO der soziale Wohnungsbau. Weder die Entschuldung der Stadt, noch das Betreiben von Marinas, Pflegediensten oder Car-Sharing-Angeboten sind Aufgaben eines städtischen Wohnungsbauunternehmens.

Bei der Wahrnehmung von notwendigen, die Daseinsvorsorge betreffenden Aufgaben dürfen kommunale Unternehmen nicht durch Gewinnabführungen an die Hansestadt Rostock an dringenden Investitionen gehindert werden.

### **Rostock als Bildungsstandort**

Weltbeste Bildung beginnt vor Ort. Die Hansestadt Rostock als Träger der Schulen trägt hierbei erhebliche Verantwortung dafür, wie Bildung sich gestaltet.

- Notwendigkeit des gleichberechtigten Nebeneinanders privater und kommunaler Trägerschaft,
- Schaffung wirtschaftlich unabhängiger freier Kitas
- Herstellung von zukunftsfähigen Infrastrukturen in städtischen Schulen und Kindergärten (Stichwort Digitalisierung)
- Umsetzung des Prinzips der selbständigen Schule
- Freie Wahl von Kita und Schule
- Stärkung der Volkshochschule durch adäquate Infrastruktur und finanzielle Ausstattung
- Förderung (nicht in Geld, sondern als Rahmenbedingung) der Ansiedlungen von Bildungseinrichtungen insbesondere in privater Trägerschaft
- Stadtmarketing muss die Bildungsangebote stärker kommunizieren

### **Rostock als soziale Stadt**

Die Ausgaben für den Bereich Soziales sind noch immer der umfangreichste Teil des städtischen Haushaltes. Entsprechend muss in diesem Bereich das Kostenmanagement weiterentwickelt werden. Dabei möchten die Freien Demokraten vor allem:

- Stärkung des Vereinslebens (Sport, Kultur etc.)
- verstärkter Rückgriff auf freie private und wohlfahrtliche Träger zur Aufgabenerfüllung
- Sozialen Wohnungsbau ermöglichen (weg von der Fokussierung auf Einzelobjekte im Innenstadtbereich),
- Integration und Migration erfordern eine Verbesserung der Verwaltungsstrukturen

- Kindertagesstätten brauchen die Bedarfsdeckung durch private Träger – hier braucht es Veränderung in der Verhandlungskultur seitens der Stadt als Kostenträger
- kommunale Pflegeplanung als Instrument, das misst aber nicht steuert
- einer weiteren sozialen Trennung zwischen Innenstadt und den umliegenden Gebieten gilt es zu begegnen

## **Rostock als Heimat**

Als kreisfreie Stadt gehört Rostock zu den Städten, die ihre Geschicke zum Teil noch selbst lenken können. Hier braucht es eine deutlich verbesserte Beteiligung aller Bürger. So sichert man durch politische Partizipation Lebensqualität und bindet die Bürger an ihre Stadt. Deshalb fordert die FDP Rostock:

- eine bessere Einbindung der Bürger in Entscheidungsprozesse (Wettbewerbe etc.),
- mit einem Bürgerhaushalt mehr Transparenz und Mitbestimmung implementieren. Der Bürgerhaushalt ist ein Instrument der Bürgerbeteiligung, das die Bevölkerung aktiv in die Planung von öffentlichen Ausgaben und Einnahmen einbezieht. Bei einem Bürgerhaushalt machen Bürger konkrete Vorschläge und geben Hinweise. Mit ihrer lokalen Expertise und ihren Priorisierungen bereichern die Bürger die fachliche Diskussion.
- Rostock in der Breite entwickeln und nicht nur Konzentration auf das Rostocker Oval
- Nachverdichtung im innerstädtischen Bereich kritisch prüfen
- Bessere Verkehrsinfrastruktur für alle Verkehrsteilnehmer bei Ausbau des Netzes der Straßenbahn (z. B. Anbindung Gehlsdorf wiederherstellen)
- Unterstützung der infrastrukturellen Rahmenbedingung für alle alternativen Mobilitätsformen
- Entwicklung einer Satzung zur Einbindung von Bürgern und Bürgerinitiativen
- Architektenwettbewerbe dürfen nicht fachlich mangelhafte Planungen zur Stadtentwicklung kaschieren, Bürger in Entscheidungsprozesse einbinden und nicht nur deren Meinung zu vorgefertigten Entwürfen abfragen
- sich für einen Theaterneubau einzusetzen. Dieser soll die Nutzung aller vier klassischen Sparten – Sprechtheater, Musiktheater, Tanztheater und Figurentheater durch externe und lokale Kulturträger ermöglichen und deshalb die Definitionen klarer Anforderungen an das Rostocker Theater durch die Politik. Dazu gehört auch die Finanzierung eines festen Grundstocks zur Erfüllung dieser politischen Erwartungen. Die strukturelle Ausgestaltung obliegt dabei der freien Organisation der Rostocker Theater GmbH.
- eine Entscheidung der Bürger über die zusätzliche Finanzierung des Theaters, über einen festen Grundstock hinaus, mittels eines Bürgerhaushaltes.
- dass, unter Berücksichtigung der Haushaltsplanungen der kommenden Jahre - sowie möglicher

Fördermittel ein verlässliches Budget für die Baukosten des Theaters ermittelt wird.

Zudem ist es erforderlich, einen verbindlichen Grobterminplan für die Umsetzung des Theater-Neubaus aufzustellen. Größtmögliche Transparenz und das Einbinden der Bevölkerung haben dabei für die FDP Rostock oberste Priorität

- eine beschleunigte Betrachtung der Nachnutzung des IGA-Parks. Eine teilweise privatwirtschaftliche Bebauung des IGA-Park-Geländes soll ermöglicht werden und die IGA Park GmbH aufgelöst werden. Daneben sind folgende Themen vorrangig einer Klärung zuzuführen:

Soll der IGA-Park vorrangig mit Themen aus dem maritimen Bereich weiterentwickelt werden?

Wie könnte eine multifunktionale Nutzung des IGA-Parks (z. B. mit freizeitpark-ähnlichem Charakter) aussehen?

Dabei ist auf Synergieeffekte aus einer gemeinsamen Nutzung des IGA-Parks mit der Hanse-Messe bzw. der Stadthalle Rostock und/oder des Großmarktes Rostock abzustellen.

Soll der IGA-Park verkehrstechnisch (hier insbesondere auch die Anbindung auf dem Wasserweg) besser an die Innenstadt angebunden werden.

Soll der IGA-Park ohne Eintritt dauerhaft frei zugänglich für alle Bürger sein.

Sämtliche Themen sind dabei immer auch unter dem Aspekt der Stadtentwicklung des Stadtteiles Groß-Klein zu betrachten.

Nach Klärung der grundlegenden Fragen muss ein Budget aufgestellt werden. Es ist eine Arbeitsgruppe (unter Beteiligung von Vertretern der Stadt, des Ortsbeirates Groß-Klein sowie Planern und Investoren) zur Ausarbeitung der Umsetzung der definierten weiteren Entwicklung des IGA-Parks zu bilden. Zeithorizonte zur Umsetzung sind zu definieren.

Ausdrücklich losgelöst von jeglicher grundsätzlichen Betrachtung ist der beschlossene Verbleib des Traditionsschiffes im IGA-Park. Dessen Standort im IGA-Park ist mit dem Bürgerentscheid klar definiert. Das Traditionsschiff sollte aber der i-Punkt auf der Entwicklung des IGA-Parks sein und nicht als Deckmantel für unausgelegene Konzepte dienen.

### **Attraktive Rahmenbedingungen für Wohnungsbau**

Für uns Freie Demokraten steht die Versorgung der Bevölkerung mit bedarfsgerechtem, bezahlbarem Wohnraum im Mittelpunkt. Grundsätzlich ist eine starke Nachfrage nach Wohnraum ein positives Zeichen für die Entwicklung der Hansestadt Rostock. Dem mit der steigenden Nachfrage verbundenen Preisanstieg wollen wir Freien Demokraten statt mit staatlicher Reglementierung der Miethöhe mit der Überarbeitung des Flächennutzungsplans, der Ausweisung neuer Gebiete für den Wohnungsbau und mit attraktiven Rahmenbedingungen für Investitionen in Wohnraum begegnen. Eine Mietpreisbremse lehnen wir ab.

Wohneigentum ist für uns Freie Demokraten ein Stück persönliche Freiheit und ein wichtiger Beitrag zur Altersvorsorge. Deshalb setzen wir uns dafür ein, auch auf kommunaler Ebene Maßnahmen zur Erleichterung der Bildung von Wohneigentum voranzutreiben. Zur

Unterstützung der Eigentumsbildung treten die Freien Demokraten für die Mobilisierung von mehr Bauflächen, insbesondere mit geringer Bebauungsdichte bspw. für Einfamilienhäuser, und die Beschleunigung von Bebauungsplanverfahren ein. Positiv bewerten wir alternative Wohnformen, wie beispielsweise Tiny Houses und Wohnwagensiedlungen. Hierzu sollen im Flächennutzungsplan Flächen vorgehalten werden. Im Sinne einer zügigen Schaffung von Wohnraum sind weiterhin maßvolle, bürokratiearme Genehmigungsprozesse und die Vereinfachung von Umnutzungsverfahren erforderlich.

Auch über die Festlegung der Hebesätze der Grundsteuer kann die Hansestadt Rostock Erleichterungen für Eigentümer und Mieter schaffen.